

Tag der Deutschen Einheit 2006

Im Jahr der Fußballweltmeisterschaft präsentierte sich Deutschland erstmals als wirklich geeintes Land. Auf den Fanmeilen in Berlin oder anderen Städten, wurde nicht nach Ost oder West gefragt, ja der Gedanke an eine solche Diskussion erschien regelrecht absurd. An den Autos der Nation flatterten fröhlich die Deutschlandfahnen, die Mädchen trugen schwarz-rot-goldene Röcke oder Kleider. Selbst die Gewerkschaft GEW konnte mit ihrem von den üblichen Linksintellektuellen unterstützten Vorstoß, das Lied der Deutschen als Nationalhymne abzuschaffen nicht mehr punkten. Im Gegenteil. Erst sangen nur die Nationalspieler und die im Stadion befindlichen Politiker und Funktionäre. Zum Schluß sang das ganze Stadion und die Menschen vor den Monitoren in den Kneipen und Biergärten sangen mit. Deutschland begeißtete sich und mit seinem neugewonnenen Charme die Welt. Leider ging dieser wunderbare Sommer zu schnell vorbei. Mit dem kalten August kamen noch einmal die Verhaltensmuster der alten Bundesrepublik hoch. Eine jahrzehntealte moralische Instanz überraschte die Nation mit dem Eingeständnis, als Soldat bei der Waffen-SS gedient zu haben. Die folgende Diskussion zeigte vor allem, dass Deutschland die Debatten alten Stils nicht mehr gebrauchen kann. Nicht ideologisch verbrämte Sicht auf die Wirklichkeit hilft uns weiter, sondern nur eine sachliche, genaue Analyse der Realität bringt uns weiter. Wie sehr die Deutschen in der Realität angekommen sind, haben auch die Wahlen am Ausgang des Sommers gezeigt. In Berlin verlor die zum dritten mal umbenannte SED fast die Hälfte ihrer Stimmen. In Mecklenburg-Vorpommern konnte sie wegen der niedrigen Wahlbeteiligung zwar einen Prozent, nicht aber absolute Wählerstimmen dazugewinnen. Damit ist ihr Mythos als Volkspartei Ost endgültig zuende. Jahrelang hat die PDS von den Fehlern beim Vereinigungsprozeß profitiert und das Zusammenwachsen mit Ressentiments erschwert. Nun gibt es keinen Grund mehr, die Partei der Zerstörer einer Volkswirtschaft als Teil der Lösung des Problems anzusehen. Ohnehin waren die Ratschläge und Forderungen der PDS nie geeignet, die Teilung zu überwinden, sondern hätten sie noch vertieft, wenn sie realisiert worden wären. Aber auch ohne die PDS steht Deutschland im Jahr sechzehn nach der Vereinigung vor schwierigen Problemen. Warum ist das so?

Wer den allgegenwärtigen Verfall, der Anfang der 90-er Jahre flächendeckend für das Gebiet der ehemaligen DDR charakteristisch war, noch vor seinem inneren Auge hat, kommt aus dem Staunen nicht hinaus: die Landschaften sind förmlich aufgeblüht unter dem warmen Geldregen aus dem Westen.

Der Verfall wurde nicht nur gestoppt, sondern ins Gegenteil verkehrt. Historische Gebäude erstrahlen in altem Glanz, Schlösser und Gutshäuser sind aus Ruinen auferstanden. Das sozialistische Einheitsgrau ist auf Nimmer-wieder-sehen verschwunden. Die Infrastruktur der Neuen Länder ist mittlerweile moderner und in einem besseren Zustand als die der alten Länder.

Heute gleichen die neuen Länder Ostereiern am festlichen Strauss: außen leuchtend bunt bemalt und schön, innen leider hohl.

16 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sind die Neuen Länder von einer sich selbsttragenden Entwicklung noch weit entfernt.

Der Aufbau Ost wird immer noch als Partikularinteresse denn als Gesamtdeutsche Aufgabe betrachtet.

Wenn sich das ändern soll, müssen die Weichen dafür

ganz neu gestellt werden. Mit der Forderung nach immer neuen Transferleistungen wird das nicht zu bewältigen sein.

Ab der Stunde eins der Deutschen Vereinigung hat sich mit der Ausdehnung des westdeutschen Sozialstaatsmodells auf die Beitrittsländer ganz schnell auch die entsprechende Anspruchs- und Verteilungsmentalität breit gemacht. Das wurde von der Politik maßgeblich gefördert, indem sie den Eindruck erweckte, die Vereinigung könnte aus der Portokasse finanziert werden. Während den meisten DDR-Bürgern aufgrund ihrer Erfahrungen klar war, dass das SED Regime nicht nur politisch am Ende, sondern auch wirtschaftlich bankrott war, scheute sich die Regierung Kohl davor, das Ausmaß der wirtschaftlichen, ökologischen und psychologischen Verwüstungen die das DDR-Regime hinterlassen hatte zu thematisieren.

Statt dessen setzte sie auf Geldtransfers im großen Umfang. Dieser Geldfluss wurde nicht gestoppt, als längst klar war, dass er nicht aus der Portokasse gespeist werden konnte und drohte, die westdeutsche Ökonomie an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen. Dieser großzügigen finanziellen Hilfe haben die ehemaligen DDR-Bürger einen enormen Wohlstandszuwachs in den letzten sechzehn Jahren zu verdanken. Schon Mitte der neunziger Jahre verfügte ein Sozialhilfeempfänger in den Neuen Ländern über mehr Kaufkraft als ein DDR-Durchschnittsverdiener je hatte. Abgesehen davon konnte der Sozialhilfeempfänger von seinem Geld Dinge kaufen, von denen der DDR-Bürger nicht mal träumen konnte.

Die Menschen in den anderen ehemaligen Ostblockländern mussten fast ein Jahrzehnt Einkommenseinbußen gegenüber dem Niveau vor dem Fall des Eisernen Vorhangs hinnehmen. Erst seit etwa fünf Jahren fängt dort der Wohlstand an zu wachsen. Neben dem Wohlstandsgefälle könnte der Mentalitätsunterschied zwischen den Bewohnern der ehemaligen DDR und denen in ihren früheren Bruderländern heute größer nicht sein. Während in den Neuen Ländern eine permanente schlechte Laune wie ein Grauschleier über den wunderbar erblühten Städten und Gemeinden liegt, ist jeder von der mitreißenden innovativen Atmosphäre in den EU-Beitrittsländern begeistert.

Diese innovative Stimmung gibt es in den Neuen Ländern zwar auch, aber nur punktuell, wo Unternehmergeist herrscht statt Empfängermentalität.

In den Revolutionsmonaten von 1989/90 waren alle bereit, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken bei der Neugestaltung der Gesellschaft. Mit der Ankunft der Geldströme aus den alten Ländern zeigte sich aber bald, dass Hilfe durchaus Hilfebedürftigkeit und Anspruchsdenken erzeugt, wenn sie mehr ist als ein Mittel zur Selbsthilfe.

Die meisten Transfermittel wurden in den Konsum gesteckt. Die Geber glaubten, durch eine kräftige Steigerung des Konsums die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und aus dem Aufbau Ost einen Selbstläufer zu machen. Damit wurden Erwartungen an ein neues Wirtschaftswunder geweckt, die eher dazu angetan waren, eben dieses Wunder zu verhindern. Der entscheidende Fehler war ein politisch - psychologischer: man hat das Teilen beschworen statt das Anpacken und sich damit den sozialistischen Vorstellungen angepasst, statt ihnen etwas entgegenzusetzen. Das Wort vom Teilen, mit dem man die Teilung Deutschlands überwinden müsse, appelliert nicht an die Selbsthilfe und die schöpferischen Qualitäten der Menschen. Es verdeckt die Chancen eines Aufholens aus eigener Kraft und bringt die Menschen um die unvergleichbare Freude, die Früchte eigener Arbeit zu genießen.

Statt an die geistige Revolution von 89/90 fruchtbar für die Aufbauphase zu machen wurde mit dem Versprechen, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nebenbei aus der Portokasse zu bewerkstelligen, passive Erwartungshaltungen erzeugt, die sich über die Jahre zu einer Empfängermentalität verdichteten.

Den Menschen wurde suggeriert, dass durch die bloße Ankunft des altbundesrepublikanischen Versorgungsstaates ohne Eigenleistung und Eigenverantwortung über Nacht ein blühendes sozialstaatliches Paradies entstehen würde.

Statt eine Debatte über die Akzeptanz von Ungleichheiten zu führen, die sich aus ungleichen Leistungen ergeben und das Ungleichheiten, die in der Geschichte entstanden sind, sich nicht durch einen Federstrich korrigieren lassen, wurde die schnelle Angleichung der

Lebensverhältnisse propagiert, ohne über das Fundament zu reden, das diese Angleichung tragfähig machen würde. Den Menschen in den Neuen Ländern wurde aus politischem Opportunismus eher vermittelt, dass zur Marktwirtschaft das Fordern gehört, als die Leistung. Dieses geistige Klima machte es der SED-Fortsetzungspartei PDS leicht, schon bald nach der Vereinigung zu reüssieren. Sie brauchte die erzeugte Erwartungshaltung nur anzuheizen und lautstark den sofortigen Vollzug der Angleichung der Lebensverhältnisse zu fordern. Da die PDS nur eine bereits erzeugte Empfängermentalität bediente, setzten sich die anderen Parteien, besonders der damaligen Regierungskoalition nur halbherzig mit ihr auseinander. So endete der ostdeutsche Aufbruch nicht in einer Aufholjagd der Standorte und der Menschen, sondern wurde zum Gang zur Subventionskrippe. Anfangs gab es noch beeindruckende Wachstumszahlen, zahlreiche Unternehmen wurden gegründet. Allzu viele entstanden, aber nach einem Blick in die Förderkataloge der Wirtschaftsministerien und nicht nach einer aufmerksamen Beobachtung des Marktes. So stellten etliche Firmenbetreiber nach Auslaufen der Förderung fest, dass sie noch lange keine schwarzen Zahlen schrieben und verlangten Nachförderung. Solche Wünsche nach Folgeförderung zu unterstützen war eines der Hauptbeschäftigungsfelder für die Abgeordneten der Neuen Länder. Erfolgreich waren die Unternehmen dann, wenn eine innovative unternehmerische Idee, die auf ein entsprechendes Marktinteresse stieß, der Motor der Firmengründung war. Auf diese Weise entstanden beeindruckende Wirtschaftszentren, etwa in Dresden und in Jena. Aber leider breitete sich kein Gründergeist flächendeckend über die neuen Länder aus.

Zusätzlich macht den neuen Ländern das altbundesrepublikanische Rechts- und Verwaltungssystem zu schaffen, das spätestens seit Mitte der neunziger Jahre hemmend auf die Herausbildung einer selbsttragenden Wirtschaft wirkt. Der einzige Ausweg aus dem Dilemma wäre die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone, mit dem Recht, bürokratische Regelungen zeitweise außer Kraft zu setzen und damit Ansiedlungen zu erleichtern.

Ein weiteres Hemmnis für den Aufbau Ost trägt den Namen Tarifunion. Die schnelle Anhebung der Löhne und Gehälter in den neuen Ländern hat den Menschen einen ebenso schnellen, aber nicht selbstverdienten Wohlstandszuwachs beschert. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Westen hat sie allerdings eine unbequeme Aufholkonkurrenz erspart. Bald stellte sich heraus, dass der Bedarf der Menschen in den Neuen Ländern fast vollständig in den Alten gedeckt werden könnte. Für eine Investition großen Ausmaßes war der Standort Neue Bundesländer schon bald unattraktiv geworden. Zwar unternahm die Politik Anstrengungen, um für das überhöhte Lohnniveau Ausgleich zu schaffen. Aber die gewährten Innovationshilfen, die den Faktor Kapital verbilligten, bewirkten in Kombination mit den hohen Löhnen Investitionen, die viel von dem billigen Kapital banden und weniger Arbeitsplätze entstehen ließen. Nach 16 Jahren ist das Ergebnis eine duale Wirtschaft mit Hochleistungszentren und verödeten Landstrichen. Jahr für Jahr verlassen vor allem junge und gut ausgebildete Menschen die neuen Länder, um anderswo ihr Glück zu suchen. Andere, die keine Arbeit mehr finden, wurden in die Frühpension abgeschoben. In vielen Talkshows wird diese traurige Tatsache der „unbarmherzigen“ Marktwirtschaft angelastet. Dabei ist es eine Folge des Korporatismus der von der Politik befördert wurde und die Marktmechanismen behindert.

Gegen die Regel, dass die Löhne die Arbeitsproduktivität nicht übersteigen dürfen, wird in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung verstoßen. Auch jetzt, wo der wirtschaftliche Misserfolg nicht mehr zu leugnen ist, wird die Forderung nach Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau unverdrossen weiter erhoben. Statt wenigstens dort, wo sie direkten Einfluss hat, bei den Angestellten der Öffentlichen Hand, ein deutliches Zeichen zu setzen, das eine solche Angleichung in absehbarer Zeit nicht gerechtfertigt ist, hat die Politik dem Druck nachgegeben, und eine Angleichung bis 2007 in Aussicht gestellt.

Die Last müssen wiederum zu Hundert Prozent die alten Länder tragen. Denn bisher werden alle Behördenangestellten aus dem Länderfinanzausgleich bezahlt. Bei der Schließung der

angeblichen „Gerechtigkeitslücke“ wird zugleich der Einkommensunterschied zwischen den Löhnen in der Wirtschaft und den Gehältern im öffentlichen Dienst vergrößert.

Welche weitreichenden Folgen bedingungslos bereitgestellte Mittel haben können, zeigt sich an der Wasserwirtschaft der Neuen Länder.

Mit dem beginnenden Wohnungs- und Industriebau stellte sich sehr bald heraus, dass die Hinterlassenschaften des Sozialismus unter der Erde ebenso verrotten waren, wie über der Erde. In die Trink- und Abwassersysteme war seit Jahrzehnten so gut wie nicht investiert worden. Vor allem fehlte es an Kläranlagen. Sobald das Problem bekannt wurde, kam Goldgräberstimmung in der Branche auf. Westdeutsche Planungs- und Bauberatungsbüros überzeugten die Kommunalpolitiker vielerorts, Anlagen zu bauen, die weit über die benötigte Kapazität hinausgingen. Nach den Folgekosten wurde nicht gefragt. So entstand z. B. in einer Stadt in Thüringen, die gerade noch über 20000 Einwohner, Tendenz stark fallend, verfügt, eine Kläranlage, die nach Einschätzung unabhängiger Fachleute die Abwässer der Landeshauptstadt aufnehmen könnte. Zudem wurde das Leitungssystem mit Rohren einer teuren Schweizer Firma bestückt, die aber gerade für ein Bergbausenkenungsgebiet, wie es Sondershausen als ältester Kalistandort Deutschlands ist, nicht geeignet sind. Wegen der zu großen Durchmesser ist zudem die Gefahr der Verschlammung überdurchschnittlich.

Ich habe Mitte der 90er Jahre selbst die Erfahrung gemacht, wie aussichtslos es war, gegen die Fehlplanungen anzukämpfen. Das Geld war da und brauchte nur ausgegeben zu werden. Je größer und teurer das Objekt war, desto mehr konnte daran verdient werden.

Der Stimmungsschwung kam erst, nachdem die ersten Beitragsbescheide auf die Hausbesitzer zukamen. Da die Kosten, die neben der großzügigen Förderung dem Bund übrig blieben, gedeckt werden mussten, kamen zum Teil ruinöse Beträge auf die Eigentümer zu. In der Folge entstanden größere politische Verwerfungen, die in Thüringen z.B. so bedrohlich für die Wiederwahl der CDU-Regierung wurden, dass Ministerpräsident Althaus sich im Wahlkampf 2004 entschloss, zu versprechen, dass keine Beiträge mehr erhoben werden und bereits erbrachte Beiträge zurück erstattet würden. Diese Wahlversprechen werden den ohnehin überlasteten Landeshaushalt in den nächsten zehn Jahren pro Jahr 60 Mio. Euro kosten. Und das in einem Land, das in fünfzehn Jahren bereits für 153 Jahre Schulden angehäuft hat, wie der Thüringer Generalsekretär der CDU gern der Presse mitteilt.

Besser wäre es gewesen, von Anfang an bei der Verteilung der Mittel steuernd einzugreifen, um solche Auswüchse zu verhindern. Jedenfalls sollte das Abwasserdebakel in den Neuen Ländern gründlich analysiert werden, um bei künftigen Mittelbereitstellungen ähnliche Fehler zu vermeiden. Nur wenn in Zukunft genauer darauf geachtet wird, wofür die Mittel aus dem Solidarpakt in den Neuen Ländern eingesetzt werden, kann das Ziel, eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung zu erhalten, erreicht

Der Ausweg aus der gegenwärtigen Lage ist alles andere als einfach. Statt eines Ministers für Aufbau Ost, von dem vor allem erwartet wird, dass er für immer neue Geldflüsse in die neuen Länder sorgt, müsste die Regierung Merkel einen Ombudsmann für die Neuen Länder ernennen, der mit ökonomischer Kompetenz das wirtschaftliche Geschehen beobachtet und grobe Fehler sofort an den Pranger stellt und dafür sorgt, dass Abhilfe geschaffen werden kann. Das Umsteuern des Aufbaus Ost wird eine der am schwersten zu lösenden Aufgaben sein, denn es ist inzwischen zum Tabu geworden, kritische Fragen und Betrachtungen zu diesem Thema anzustellen. Angela Merkel hätte die Chance, weil sie selbst aus dem Osten stammt und ihr niemand vorwerfen kann, sie wäre mit den Gegebenheiten in den Neuen Ländern nicht vertraut. Sie hat es im Bundestagswahlkampf 2005 erfolgreich abgewehrt einen speziellen Ostwahlkampf mit allen damit verbundenen falschen Versprechungen zu führen. Das gibt Hoffnung, dass sie über die staatsmännische Statur verfügt, nicht Sonderinteressen, sondern das Interesse des Gemeinwohls in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Allerdings haben auch hier die Hoffnungen einen Dämpfer erhalten. Bei ihrem ersten Treffen mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten machte Kanzlerin Merkel den Missbrauch von

Solidarpaktgeldern nicht zum Thema, obwohl der in einer „Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten Aufbau Ost“ der Länder dem Kabinett in aller wünschenswerten Deutlichkeit zur Kenntnis gegeben wurde. Statt dessen mahnte die Kanzlerin, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, die Neuen Länder würden Geld aus dem Solidarpakt zweckentfremdet verwenden. Das wäre der gesamtdeutschen Diskussion nicht förderlich. Dabei geht sogar aus einer vom Verkehrsministerium, das auch für den Aufbau Ost zuständig ist, erstellten Studie hervor, daß diese Mittel fehlverwendet werden. Alle Neuen Länder bis auf Sachsen, das lediglich eine Fehlverwendungsquote von 5% aufweist, haben Solidarpaktmittel in erheblichem Ausmaß zweckentfremdet eingesetzt. Hierüber nicht diskutieren zu sollen erschwert das weitere Zusammenwachsen der Länder und begünstigt zukünftigen Mißbrauch.

Ein katholischer Unternehmer hat mir schon Mitte der neunziger Jahre in Erfurt gesagt, dass seiner Meinung nach, alle Ostförderungen sofort eingestellt werden müssten. Zwar würde es dann erst mal eine Pleitewelle geben, von allen, die ohne Förderung nicht existieren können. Aber alle, die übrig bleiben, könnten sich endlich frei entfalten und Neues könnte entstehen, das sich als selbstständig lebensfähig erweist. Was für einen Standort letztlich zählt, ist die Attraktivität für Innovationskapital und Humankapital. Wenn viele Ausländer im Inland investieren und wenige Inländer im Ausland, ist dies ein Zeichen erfolgreicher Entwicklung. Nach 1990 haben sich die ausländischen Investitionen in Deutschland nicht vermehrt, sondern verringert. Wenn es so ist, haben sich entweder die Standortbedingungen im Ausland verbessert, oder bei uns verschlechtert oder beides. Höchste Zeit für politische Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass die Kräfte der Selbsthilfe und Selbstorganisation entfalten und an einer Trendumkehr mitarbeiten können. Für die Neuen Länder gilt viel mehr als für Deutschland insgesamt: niedrigere Steuern, weniger Bürokratie und eine flexible Lohnpolitik – das wäre der Anfang für die Vollendung des Aufbau Ost. Natürlich wird es auch noch staatliche Hilfen für den Aufbau Ost geben müssen. Das bezieht sich auf Aktivitäten, für die der Markt nicht greift: die Bereitstellung von Grundlagenwissen, also die produktferne Forschung, das betriebliche Ausbilden von Arbeitskräften, die Erhöhung der Umweltqualität.

Der Markt greift hier nicht, weil es keine privaten Eigentumsrechte an der Umwelt und an Grundlagenwissen gibt und weil Arbeitskräfte, die eine betriebliche Ausbildung erhalten, nicht an den Ausbildungsort gebunden werden können. Für diese Aufgaben sind Steuern gut eingesetzt – im Gegensatz zur Subvention veralteter Produktion.

Was in Deutschland sichtbar schief gegangen ist, die künstliche Angleichung der Lebensverhältnisse, wird nun von Politikern aller Couleur für Europa gefordert: Sie wollen über die formale Gleichheit hinaus die materielle Gleichheit: gleiche Löhne, gleiche soziale Standorte, gleiche Steuern für alle. Das wäre das Ende des alten Europas, das durch den Wettbewerb seiner kleinen Staaten zur Wiege der westlichen Zivilisation wurde. In diesem europäischen Standortkartell würde es nicht mehr Wohlstand und Lebensqualität für alle geben, sondern weniger. Europa würde sich vom Weltgeschehen abkoppeln und verlieren. Im Namen von Gleichheit und Gerechtigkeit, die stets das Gute wollten, aber, wie die Geschichte beweist, stets das Schlechte geschaffen hat.